

LEHMAN-PLEITE

KfW erhält Geld zurück

Die staatliche Bankengruppe KfW bekommt aus dem Insolvenzverfahren der US-Bank Lehman Brothers mehr als 200 Millionen Euro zurück. Dabei wurden ihre Forderungen von 320 Millionen mit einem Guthaben verrechnet, das Lehman bei der Bundes-schuldenverwaltung besaß. Bei dieser Anlage handelte es sich um komplizierte Absicherungsgeschäfte, die vor kurzem fällig wurden. Nach schwierigen Verhandlungen kamen die Insolvenzverwalter von Lehman sowie Vertreter der KfW und der Bundesregierung überein, dass der Bund diese Anlagen nicht an das US-Institut zurückzahlt und das Geld stattdessen an die KfW weiterreicht. Unterm Strich bleibt die staatliche Förderbank so nur noch auf einem Verlust von gut hundert Millionen Euro sitzen, allerdings zu Lasten des Steuerzahlers. Die Beteiligten selbst geben sich schmallippig, um die vereinbarte Vertraulichkeit nicht zu verletzen. Eine Sprecherin der KfW bestätigt immerhin, dass es der Bank „aufgrund intensiver Bemühungen gelungen ist, im Kapitel Lehman einen für alle Beteiligten vorteilhaften Vergleich zu erreichen“. Im Herbst vergangenen Jahres hatten die KfW-Manager noch am Tag der Pleite



Lehman-Zentrale in New York 2008

der US-Investmentbank 320 Millionen Euro aus einem Termingeschäft überwiesen und wurden daraufhin als „Deutschlands dümmste Banker“ verspottet. Es folgten Entlassungen der Verantwortlichen und Gerichtsverfahren.

DEUTSCHE BAHN

Nervenkrieg um Millionenabfindung

Bahn-Chef Rüdiger Grube und sein Chefaufseher Werner Müller haben sich auf einen unkonventionellen Weg geeinigt, um eine millionenschwere Abfindung für den überraschend beurlaubten Bahn-Infrastrukturchef Stefan Garber zu umgehen. Um die, glaubt man in Berlin, könnte es dem 54-jährigen Manager nämlich gegangen sein, als er vergangene Woche bei einer Aufsichtsratssitzung als einziger Vorstand neue Bonusregelungen ablehnte und damit einen Eklat provozierte. Laut Vertrag stehen Garber, dem die Kostenexplosion des Stuttgarter Pilotbahnhofs angekreidet wird, bis Mitte des Jahres 2013 Zahlungen in Höhe von rund 4,5 Millionen Euro zu. Sie setzen sich aus einem jährlichen Grundgehalt in Höhe von 550 000 Euro und einem Leistungsbonus in Höhe von 750 000 Euro zusammen. Anders

als ursprünglich geplant, wollen Müller und Grube den teuren Manager nach der Auseinandersetzung im Aufsichtsrat jedoch nicht mit vollen Taschen zur Konkurrenz abwandern lassen. Garber soll bei der Bahn bleiben – zum vereinbarten Grundgehalt. Die fetten Boni hingegen sollen gestrichen werden, mit einer einfachen Begründung: „Wer nichts leistet, kriegt auch nichts.“



MICHAEL HANSCHKE / DPA

Garber

VEREINE

ADAC umwirbt Senioren

Einen Seniorenverband will der Automobilclub ADAC gründen, um die Interessen der älteren Generation zu vertreten. Gleichzeitig sollen diesen teilweise sehr kaufkräftigen Verbrauchern maßgeschneiderte Dienstleistungen und Produkte wie Versicherungen oder spezielle Testberichte angeboten werden. Es solle ein überparteiliches und unpolitisches Netzwerk für die Generation 60 plus entstehen, heißt es beim ADAC. Das Geheimprojekt trägt den vorläufigen Arbeitstitel „Christophorus“, der Automobilclub will Millionen investieren und hat eigens eine Unternehmensberatung engagiert. Vorbild und möglicher Kooperationspartner ist die amerikanische Seniorenorganisation AARP, in der 40 Millionen Mitglieder organisiert sind. „Wir glauben an die Prinzipien eines gemeinsamen Ziels, einer gemeinsamen Stimme und an eine kollektive Kaufkraft“, lautet das Motto dieser mächtigen Lobbyorganisation aus den USA. Der AARP sucht einen Netzwerkpartner in Deutschland, der seinen reisenden



ADAC-Pannenhelfer

Senioren ähnliche Serviceleistungen und Vergünstigungen bietet wie in den USA. Der ADAC könnte im Gegenzug nach dem Vorbild von bestehenden Kooperationen unter Automobilclubs auf die Dienste des AARP in den USA zurückgreifen.

PHILIPP SUELAND / DDP